



**Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn**



**André Wyss
Kantonsrat Solothurn**

Sessionsbericht 23./24. Juni und 1. Juli 2020

Die Sommer-Session fand wiederum extern statt. Dieses Mal in Schönenwerd, wodurch sich mein «Arbeitsweg» deutlich verringerte. Und, um die Pendenzen, welche sich aufgrund der ausgefallenen März-Session angestaut haben, abzubauen, war die Session vier (statt wie normal drei) Halbtage lang.

Abgesegnet wurden weitere **Notverordnungen**, welche der Regierungsrat insbesondere im Bereich der Bildung aufgrund der ausserordentlichen Lage erlassen hat. Am meisten zu reden gaben die Kosten, welche im Bucheggberg aufgrund von zusätzlichen Schülerbussen vom Regierungsrat freigegeben wurden. Dabei ging es um 30'000 Franken pro Woche, welche für rund 70 Schüler ausgegeben wurden, was eindeutig zu viel ist. Entsprechend viele Fragen – auch von mir – musste sich der Regierungsrat gefallen lassen. Die Mehrheit winkte die Notverordnung dennoch durch – allgemein wahrscheinlich aufgrund der Meinung, dass man bei solchen Geschäften gar nicht «Nein» sagen könne. Eine Minderheit (mit mir) wollte aber ein Zeichen setzen und damit zum Ausdruck bringen, dass der Regierungsrat mit Notverordnungen nicht einfach einen Freipass hat.

Retroperspektivisch galt es die **Rechnung 2019** zu würdigen und abzunehmen. Diese hat mit einem Überschuss von 102 Mio. Franken äusserst positiv abgeschlossen. Im Hinblick auf die zukünftig zu erwartenden Ausfälle (Senkung Unternehmenssteuern, Steuersenkung bei den privaten Personen, sowie Corona) ist dieser Überschuss äusserst wertvoll und wichtig. Ein Wehmutstropfen – darauf habe ich in meinem Votum explizit hingewiesen – ist der nach wie vor hohe Schuldenberg, den der Kanton mit sich trägt: Konkret sind es 4'870 Franken je Einwohner, was bedeutet, dass es während 25 Jahren einen solchen Abschluss wie 2019 brauchen würde, um die Schulden abzubauen zu können.

Ein SP-Auftrag forderte, dass die **Steuerbelastung der tiefen und mittleren Einkommen** dem schweizerischen Mittel anzugleichen ist. Der Auftrag war insofern brisant, weil die Finanzkommission (FIKO) bereits im Dezember 2019 einen ähnlichen Auftrag eingereicht hat, allerdings mit der Festlegung der maximal erlaubten Ausfälle. Zudem liegt die Initiative «Jetz si mir draa» auf dem Tisch, die eine Senkungen der Steuern bei *allen* Einkommensstufen auf das schweizerische Mittel fordert. Zu beobachten ist, dass sich immer mehr Kantonsräte auf das Thema von «tieferen Steuern» einschliessen (was damit zu tun haben könnte, dass in acht Monaten Wahlen sind). Natürlich bin auch ich für tiefere Steuern, allerdings muss für mich immer zuerst klar sein, was die Folgen davon sind, sprich, wie hoch die Ausfälle sind und welche Ausgaben gekürzt werden sollen. Schlussendlich wurde der SP-Antrag mit einer geschätzten 2/3-Mehrheit angenommen.

Persönlich

Eingereicht habe ich eine kleine Anfrage zum Thema **«Corona-Missbrauch»**. Finanzielle Corona-Hilfs- und Unterstützungsprogramme wurden in den letzten Monaten in umfangreichem Ausmass mit Bundes- bzw. Kantonsgeldern ausgerichtet. Die Gesuche mussten innert kürzester Zeit bearbeitet und zügig ausbezahlt werden. Es ist naheliegend, dass es in diesem Rahmen zu vereinzelt Betrügen bzw. Betrugsversuchen gekommen ist. Das Ausmass ist noch unbekannt – dazu möchte ich vom Regierungsrat Antworten.

Beim dringlichen Auftrag **«Arbeitsplätze durch COVID-19-Rückstellungsmöglichkeiten sichern»** war ich Kommissionsprecher. Weiter hatte ich ein Votum zur **«Rechnung 2019»** sowie aus ganz persönlichen Gründen zur **«Fusion der beiden Gemeinden Stüsslingen und Rohr»**.

Zu diskutieren gab auch die **Teilrevision des Wirtschafts- und Arbeitsgesetzes**. Dabei ging es unter anderem um die sogenannten «Vereinsbeizli». Mit dem neuen Gesetz wurde dafür gesorgt, dass Personen, welche ein Vereinsbeizli führen, deutlich geringere Voraussetzungen für eine Bewilligung brauchen als ursprünglich von der Regierung angedacht.

Zu diskutieren gab auch die **Teilrevision des Strassengesetzes**, welche die Aufhebung des Strassenbaufonds sowie die Finanzierung der Velowege von kantonaler Bedeutung beinhaltet. Bei gleich drei Vorstössen ging es um die **A1** (Untertunnelung, Kosten und 6-Spur). Auch das **Französisch an den Schulen** war einmal mehr Thema. Der Sprachaustausch mit der Westschweiz soll vermehrt gefördert werden.

In Kürze

Beschlossen wurde die **Teilrevision des Strassengesetzes**, welche die Aufhebung des Strassenbaufonds sowie die Finanzierung der Velowege von kantonaler Bedeutung beinhaltet. Bei gleich drei Vorstössen ging es um die **A1** (Untertunnelung, Kosten und 6-Spur). Auch das **Französisch an den Schulen** war einmal mehr Thema. Der Sprachaustausch mit der Westschweiz soll vermehrt gefördert werden.

Die nächste Session findet am 1./2./8./9. September 2020 statt – dann hoffentlich wieder im Kantonsratsaal.

André Wyss